

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922**

6.11.1922 (No. 259)



# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher-  
Straße Nr. 14  
Jahrespreis:  
Nr. 953  
und 954  
Postkonten:  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
C. Amend,  
Karlsruhe.

**Bezugspreis:** In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für November 216 M. — Einzelnummer 10 M. — Anzeigengebühr: 10 M. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Absatz, der als Kassenzahlung gilt und vervielfacht werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwingender Beilegung und Konkursverfahren fällt der Absatz fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränkter Auflage oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewehr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Wetterwolken am saarländischen Wirtschaftshimmel.

Von ihrem ständigen saarländischen Mitarbeiter wird der Reichs-Korrespondenz „Nord-Süd“ geschrieben:

N.-S. Von unserem saarländischen Mitarbeiter wird uns geschrieben: Dunkle schwere Wetterwolken ballen sich seit den letzten Wochen angeichts des furchtbar hart werdenden Winteres mit all seiner wirtschaftlichen Not am saarländischen Wirtschaftshimmel zusammen. Das Saarland ist bekanntlich das deutsche Mittel des Völkerverbundes, an dem dieser seine Existenzberechtigung und Existenzfähigkeit zu beweisen eine außerordentlich geeignete Gelegenheit hätte. Nach all den mündlichen und schriftlichen Bitten und Vorstellungen der verschiedenen berufenen saar-deutschen politischen und wirtschaftlichen Delegationen und der Vertreter des Landesrates durfte das unglückliche deutsche Saargebiet von seinem Vormund erwarten, daß er wenigstens endlich einmal die Klagen des armen Mündels prüfe und nach dem Rechten sehen würde. Statt dessen hat man seitens des Völkerverbundes bis auf den heutigen Tag das Saargebiet als ein abgeschriebenes behandelt und bitterste Enttäuschung, steigendes gefährliches Mißtrauen und unerträgliche Not sind die untrüglichen Vorzeichen der heranabenden Katastrophe. Das Schmerzlichste für uns Saardeutsche — nicht für die zu Tausenden bereits aus Frankreich eingewanderten zweifelhaften Existenzler — ist die Tatsache, daß wir von einem schier undurchdringlichen Klugeneck umstrickt sind, und nicht einmal diejenigen, die unsere Anwälte und Vormünder sein sollten, unsere Lage durch persönlichen Augenschein studieren, unsere Not kennen lernen und der Wahrheit auf den Grund gehen wollen.

Im Vordergrund steht die durch die französisch infizierte Regierungskommission begünstigte, durch die fortgesetzte Einwanderung von Westen her täglich furchtbarer werdende Wohnungsnot. Die Erhebung einer Wohnungsabgabe und eines Zwanges auf Großkapital, Großindustrie (beide bereits stark französisch durchsetzt) und Gemeindefiskus sind von der Regierungskommission kurzerhand abgelehnt worden, und die Bautätigkeit muß immer mehr stocken, weil nach den alten Methoden, wonach die Häuser mit 1/2 fremdem Kapital gebaut wurden, nicht mehr gebaut werden kann, da weder die Sparkassen noch das Privatkapital sich zur Herabgabe von 1/2 der heute benötigten Bausumme verstehen kann. Die immer häufiger und lauter erhobene Forderung der Hausbesitzer an die Mieter — zahlreiche Häuser sind bereits in französischer Besetzung — ist um so unsinniger, als gerade der bedürftigste Teil der Bevölkerung (und das ist der größere) keine Franken hat und deshalb einfach nicht in der Lage ist, solchen Forderungen nachzukommen. Alle bisher eingebrachten Wünsche, Beschwerden und Anregungen, das Wohnungsproblem doch endlich gesetzlich zu regeln sind von der Regierungskommission einfach ignoriert worden, weil sie ein Interesse daran hat, im Hinblick auf die spätere Abtötung die treu deutschen Elemente aus dem Saargebiet mit der Zeit hinauszukeln. In Saarbrücken allein sind bereits über 10 000 Familien ohne Wohnung und das Schlimmste dabei ist, daß jeder aus der Fremde und namentlich aus Frankreich zugezogene (es ist nicht immer gerade die arme, die sich im letzten Jahr im Saargebiet niedergelassen hat, um sich auf Kosten des saarländischen Wirtschaftslbens mit Franken „gesund“ zu machen) bei dem jetzigen Regime mehr Anspruch auf eine Wohnung hat, als der eingeseffene Saarländer, der nicht die Macht hat, den Mieterschub gegen den Willen der Saarregierung aufrecht zu erhalten. Schon sind Kohle und Industrie, die Hauptwerte unseres Landes in fremdem Besitz und die Gefahr besteht, daß auch der Haus- und Grundbesitz vor dem indirekten französischen Zugriff nicht mehr sicher ist. Deshalb muß zwischen Mietern und Hausbesitzern, im Interesse der Erhaltung des Deutschtums an der Saar ein Weg zur Einigung gefunden werden, und die Hausbesitzer mögen sich der Tatsache bewußt bleiben, daß es im Saargebiet eine Menge Leute gibt, deren Einkommen nicht genügt, um nur die Wohnungsmiete zu bestreiten. Die Armen im Saargebiet sind tatsächlich zahlreicher und ärmer als die Armen im armen Deutschland.

Durch die Frankenzuschüsse der Regierungskommission ist auch die Baugenossenschaft des Saargebiets in eine bedrängte Lage gekommen. Kommt hat die Genossenschaft 300 000 Franken von der Regierung an Bauzuschüssen erhalten, die in 14 (!) Jahren zu tilgen sind. In Wirklichkeit aber hat sie keine Franken, sondern jeweils den Tagelohn in Markbeträgen erhalten, durchschnittlich etwa zum Kurs von 15 M., während zurzeit der Franken an der Saar auf über 300 steht. Alle Berechnungen der Genossenschaft bezüglich

Verzinsung und Tilgung sind dadurch über den Haufen geworfen und die Mieter haben bereits über 80 Millionen Mark Schulden und müssen demnächst mit Mietern von 15 000 bis 20 000 M. pro Monat rechnen. Schuld daran sind die durchsichtigen Pläne der Regierungskommission, die unter dem Deckmantel der Förderung des Wohnungsbaues durch ihre Frankenzuschüsse diese zugrunde richtet und offensichtlich nur darauf hinarbeitet, am Tag der Abrechnung nach 15 Jahren dem verarmten Deutschland eine möglichst große Frankenzahlung präsentieren zu können.

Zu der katastrophalen Wohnungsnot gesellt sich der das ganze saarländische Wirtschaftsleben immer mehr zerschlagende Frankentaumel, unter dem die Preise eine geradezu beängstigende Höhe, in Kürze für die Markempfangner österreichische Verhältnisse erreichen. Seit meinem letzten Saarbrief ist unsere heimische Wirtschaftsgrundlage unter dem Einfluß des Franken und dem mit teuflischer List ersonnene Währungsduzialismus auf das tiefste erschüttert; wir pendeln verzeißelt zwischen Frankreich und Deutschland hin und her und je nachdem die Währung eines der beiden Länder steigt oder fällt, sind wir immer wieder neuen Erschütterungen preisgegeben. Solange in den Verhältnissen zwischen Deutschland und Frankreich keine Besserung eintritt, und die Währungen zueinander nicht stabilisiert werden, bleibt diese entwerdende wirtschaftliche Unsicherheit auch wenn sich die Saarländer allgemein auf den Franken einstellen wollten. Auch dann müßten wir, sowohl mit Frankreich wie mit Deutschland im Waren- und Güteraustausch bleiben, könnten uns also den Währungsschwankungen gar nicht entziehen, denn das Saarland ist nun einmal eine wirtschaftliche Schlagader nach dem Osten und Westen hin. Ein Entfliehen vor der durch die große Politik heraufbeschworenen Lage gibt es für das Saargebiet nicht.

Die ungeheuerliche Preissteigerung der letzten Woche hat naturgemäß die Erhöhung der Löhne und Gehälter zur Folge und es bezieht in allen Saarländern und größeren Gemeinden keine Stadttrats- und Gemeinderatsitzung, wo nicht Besoldungsfragen auf der Tagesordnung stehen. Der einfachste Weg, aus den auf die Dauer einfach unhaltbaren Verhältnissen herauszukommen, wäre der: Die Gemeinden, Städte und Kreise des ganzen Saargebiets zahlen grundsätzlich die Markwährung nach dem Kurs des Reiches und als Ausgleich für die besonderen Verhältnisse im Saargebiet und um dem Grundsatz „Gleichstellung der Kommunalbeamten mit den Staatsbeamten“ nahe zu kommen, einen Teuerungszuschlag in Franken. Sämtliche Kommunen könnten dieser Regelung ohne weiteres zustimmen, da sie nach dieser Richtung hin jedenfalls leistungsfähig sind. Auch die Regierungskommission und Privatindustrie könnte sich dieser Regelung anschließen. Mächtig würde eine von etwa 20 saarländischen größeren Betrieben gewählte Arbeiterdelegation ohne ihre Gewerkschaftsführer bei der Saarregierung vorstellig, um ihrer Entlohnung über unzureichende Entlohnung Ausdruck zu geben. Die Regierung verspricht, an die Unternehmer heranzutreten mit dem Ersuchen, allgemein die Frankeneinstellung einzuführen. Man darf gespannt darauf sein, was die Unternehmer dazu sagen. Jedenfalls werden sie die Regierung fragen, ob sie die Franken zur Verfügung stellen will. Ferner beabsichtigt die Regierungskommission, dem Landesrat eine Vorlage betr. allgemeine Frankeneinführung in ganzem Saarländern zugehen zu lassen. Das klingt denn doch höchst merkwürdig. Die Regierung hat ohne, ja gegen den Willen der Bevölkerung dem Franken den Weg geebnet, und nun, nachdem der Karren im Dreck steckt, und ihr vor der weiteren Verantwortung graut, möchte sie den Landesrat mit allen weiteren Folgen belassen. Wir können uns einen Landesrat, der auf einen solchen Keim kriecht, nicht denken. Diejenigen, die am Vertrag von Versailles mit seinem Währungsduzialismus für das Saargebiet geschaffen haben, und die Verantwortung für die Wohlfahrt des Saargebiets und seiner Bewohner tragen, haben die Pflicht, unter eigener Verantwortung die heutigen standalösen Zustände zu beseitigen. Ein Drücken und Verfrachten und ein Abladen der Verantwortung gibt es für die Regierungskommission nicht, auch für den — deutschen — Saarländischen nicht. Sie hat die gewollte Zerstörung des saarländischen Wirtschaftslebens auf ihrem schuldbeladenen Gewissen, und wenn einmal die Dämme reißen, und das heraufziehende Unwetter am saarländischen Wirtschaftshimmel sich explosiv entladet — und dazu kommt es unfehlbar — dann erst wird ihre und dem französisch beeinflussten Völkerverbund die Erkenntnis dämmern, welches Unheil sie mit ihrer „pénétration pacifique“ angerichtet hat. Sie wird dann aber auch erkennen, daß die Saarbevölkerung grundsätzlich und praktisch deutsch fühlt, denkt und handelt, deutsch war, ist und bleiben wird.

### Das Sprachenproblem in Belgien.

Ein französischer Gelehrter über die berechtigten Ansprüche des Flamen.

Der französische Universitätsprofessor A. Meillet hat den dankenswerten Versuch unternommen, die durch den Ausgang des Weltkrieges und durch die unglückseligen Verträge von Versailles, Trianon, Sévres, St. Germain usw. noch schwieriger gewordenen Sprachenstreitfragen in Europa in einem Buche „Les Langues dans l'Europe nouvelle“ wenigstens eingermessen zu sichten. Natürlich richtet sich dabei sein Hauptinteresse auf jene Gebiete, wo die französische Sprache mit anderen Idiomen kämpft, vor allem auf das Sprachenproblem in Belgien.

Der französische Wissenschaftler stellt dabei fest, daß das Wallonische nicht schlechthin mit dem Französischen identifiziert werden dürfe. Das Wallonische sei zwar eine romanische Sprache, welche aber von dem Französischen nicht unbedeutend ab. Allerdings sei es richtig, daß der Wallone die französische Sprache liebt.

Wenn man die bekannte französische Eitelkeit berücksichtigt, so ist es ja anerkennenswert, daß Professor Meillet offen u. ohne Empfindlichkeit zugibt, daß der Flamen der französischen Sprache gegenüber einen ganz anderen Standpunkt einnehme, als sein wallonischer Mitbürger. Der Flamen liebe die französische Sprache durchaus nicht. Als Grund dafür gibt Meillet an: „Wenn der Flamen sich das Französische aneignen will, so stößt er auf die größten Schwierigkeiten. Ein Flamen, der das Französische nicht von Kind auf gelernt hat, hat die größte Mühe, es sich anzueignen. Seine Aussprache, seine Grammatik, sein Vortragsstil bleiben fremdartig. Daher ist es durchaus begreiflich, daß der Flamen um die staatliche Anerkennung des Zweisprachensystems in Schulbetrieben und an den Universitäten kämpft.“

Dieser Urteil wird den Flamen umso wertvoller sein, als es aus dem Munde eines französischen Gelehrten kommt, der dem germanischen Flamentum sicher keine übermäßigen Sympathien entgegenbringt. Die Flamen werden den Anspruch Meillet's in ihrem harten Kampfe um ihre kulturelle Gleichberechtigung ausgezeichnet benutzen können.

### Politische Neuigkeiten.

#### Die deutschen Reparationsvorschläge.

Das Reichskabinett trat Samstag nachmittag zu einer Sitzung zusammen, in der ein Entwurf der der Reparationskommission zu überreichenden konkreten Vorschläge besprochen wurde. Der Entwurf wurde sodann einer Reaktionskommission zur Feststellung des endgültigen Wortlautes überwiesen.

Kurz vor 9 Uhr abends trat das Reichskabinett noch einmal zusammen, um über die redigierte Fassung endgültig zu beschließen. Diese Vorschläge sind Sonntag vormittag der Reparationskommission überreicht worden.

#### Überreichung der deutschen Vorschläge.

Die Vorschläge der deutschen Regierung zur Frage der Markstabilisierung sind in der beschlossenen Form der Reparationskommission überreicht worden. Die gemeinsamen Beratungen von Reichsregierung und Reparationskommission werden heute fortgesetzt. Nach Mitteilungen aus Kreisen der Reparationskommission scheint man dort von den Unterlagen der Reichsregierung nicht ganz befriedigt zu sein u. läßt weiterhin konkrete Vorschläge, wie sie die Kommission im Auge hat, zu vermischen.

#### Neuregelung der Kohlenlieferungen.

Die nächste gemeinsame Sitzung der Reichsregierung mit der Reparationskommission am Dienstag wird, wie das B. Z. hört, nicht die Markstabilisierung, sondern die Kohlenlieferungen Deutschlands zum Beratungsgegenstand haben. Die Reparationskommission will die Gelegenheit wahrnehmen, um eine neue Vereinbarung darüber zu treffen und sie soll durchaus geneigt sein, die Darlegung von deutscher Seite zu würdigen. Man hofft, daß in den Verhandlungen, an denen auch Vertreter der Kohlenindustrie teilnehmen sollen, ein neues Abkommen erzielt wird, das den Bedürfnissen Deutschlands besser gerecht wird als das letzte.

Wie das Blatt ferner aus Kreisen, die der Kommission nahe stehen, erfährt, glaubt die Kommission, daß ein Weg gefunden werden kann, um den Gedanken einer Auslands-Goldanleihe zur Markstabilisierung auf irgend welche Weise in die Tat umzusetzen. Die Entscheidung hierüber werde wesentlich von dem Maß und dem Umfang der Garantien abhängen, die die deutsche Regierung von der Reparationskommission verlangen wird. Ansehend wolle die Kommission jedoch nicht von vornherein eine ablehnende Haltung einnehmen, sondern auf eine Spezialdiskussion sich einlassen, die aber vermutlich nicht vor Mitte dieser Woche in Gang kommen werde.



## Die Gewerkschaften für den Achtstundentag.

Die vier Spitzenverbände der Gewerkschaften sandten eine Petition zum Reichsarbeitsminister, um ihm ihre Stellungnahme zur gegenwärtig viel erörterten Frage der Arbeitszeit und ihrer gesetzlichen Regelung darzulegen. Die Gewerkschaftsvertreter betonten, daß sie durch eine einseitige Behandlung dieser Fragen auf Seiten der Unternehmer zur Sicherstellung ihres Standpunktes genötigt seien. Sie verwahrten sich mit allem Nachdruck gegen die Annahme, als sei die Steigerung der Produktion lediglich eine Frage der Arbeitszeit. Sie werde vielmehr bedingt durch die verschiedensten Faktoren; insbesondere mühten die Unternehmer selbst durch die Art ihrer Wirtschaftspolitik mehr als bisher produktionssteigernd zu wirken. Die heutige Politik der Kartelle und Trusts verhindere tatsächlich die volle Ausnutzung der produktiven Kraft und schädige die Lebenshaltung des deutschen Volkes. Sehr zu beklagen sei, daß auch die technischen und organisatorischen Möglichkeiten nicht genügend ausgenutzt würden.

Die Gewerkschaften seien der Überzeugung, daß zur Steigerung der Produktivität es keines Abweichens vom Grundsatze des Achtstundentages bedürfe. Auf dessen Boden seien die Gewerkschaften dazu bereit, bei gleichzeitiger Anwendung aller anderen produktionssteigernden Maßnahmen ihre Mitwirkung zuzusagen zu einer möglichst ergiebigen Ausnutzung der Arbeitszeit und zu ihrer Anpassung an die durch Zeit und Umstände bedingten besonderen Bedürfnisse der Gesamtwirtschaft. Die Gewerkschaften wünschen, daß die schwebende Arbeitszeitgesetzgebung dem Rechnungsträger dadurch, daß sie sich grundsätzlich auf den Boden des Achtstundentages stelle und gewisse Ausnahmen für Notfälle vorsehe, aber im übrigen es den Tarifverträgen überlasse, den Besonderheiten der wirtschaftlichen Lage im Interesse des Gesamtwohls Genüge zu tun. In diesem Zusammenhang erschien den Gewerkschaften eine möglichst gleichzeitige Vorlage und Bearbeitung des Arbeitszeitgesetzes mit den Tarifgesetzen, dem Arbeitsgerichtsgesetz und der Schlichtungsordnung notwendig.

### Der Reichsarbeitsminister

begrüßte diese Aussprache und betonte, daß die Reichsregierung entschlossen sei, die sozialpolitischen Bedingungen der Arbeitnehmer auf dem Gebiete der Arbeitszeit zu wahren.

Ebenso ernst aber sei die Verpflichtung der Regierung, alles zu tun, um die deutsche Wirtschaft, das deutsche Volk und das deutsche Reich vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Das sei zwar in erster Linie eine Aufgabe der Außenpolitik, erfordere aber andererseits auch alle erdenklichen Anstrengungen im Innern und nur das Volk, das seine eigenen Kräfte regelt und ausnützt, habe Anspruch auf die Achtung und Hilfe des Auslandes. Er hoffe, daß es, wie bisher, einer Verständigung zwischen Arbeitnehmerschaft und Regierung gelingen werde, alle diese Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen.

## Die deutsch-litauische Konferenz.

Unter Führung des litauischen Gesandten Schaulen ist die Delegation für die deutsch-litauischen Abrechnungs- und Wirtschaftsverhandlungen in Berlin eingetroffen. Sie umfaßt sechs Mitglieder. Heute wird unter Vorsitz des Leiters der Abteilung im Auswärtigen Amt, Hr. v. Stöckmann, eine Eröffnungsfeier abgehalten. Die sachlichen Beratungen, die auf deutscher Seite Hr. v. Stöckmann führt, sollen am heutigen Montag im Auswärtigen Amt beginnen.

Die Samstag eröffnete deutsch-litauische Konferenz wurde von dem Leiter der Abteilung im Auswärtigen Amt, Baron v. Malgahn, durch eine Ansprache begrüßt, in der er u. a. ausführte: Deutschland und Litauen seien heute in der Lage vieler Nachbarstaaten, die die gleichen Sorgen haben, von den gleichen Schwierigkeiten bedroht zu werden, die daher gemeinsame Interessen verbinden. Ein Zeichen dafür, wie kräftig und natürlich die beiderseitigen deutsch-litauischen Interessen und Beziehungen waren, sei die Tatsache, daß beide Länder Jahre lang ohne einen festen Kontakt in freundschaftlichen Beziehungen, in wirtschaftlichen und geistigen Austausch miteinander gestanden haben und daß sie ohne starrere Gebrauchsanweisungen den Weg von hüben nach drüben und umgekehrt gefunden haben. Das illegale, aber natürliche Verhältnis der beiden Länder nach außen hin zu legalisieren und der Mitteln gegenüber fest zu verankern, sei die Absicht der gegenwärtigen Zusammenkunft. Die Aufgabe der Konferenz sei eine zweifache. In erster Linie komme ein Handelsvertrag in Betracht, in zweiter Linie ein Ausgleich in den Finanz- und Wirtschaftsverhältnissen. Beide Aufgaben seien gleich wichtig. Man werde sich ihnen daher mit derselben Hingabe, Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit widmen müssen. Die Ansprache schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die Konferenz, getragen von gegenseitiger Freundschaft und gegenseitigem Vertrauen, zu einem für beide benachbarte Staaten gesunden Ergebnis führen möge.

## Der Ausgang der Wahlen in Sachsen.

Die gestrigen Wahlen zum sächsischen Landtag sind, soweit sich bis zur Stunde feststellen läßt, bei sehr starker Beteiligung in ganz Sachsen ohne bemerkenswerte Zwischenfälle verlaufen. Der uns bis jetzt vorliegenden Wahlergebnisse aus den sieben größten Städten kann man sich nur unter allem Vorbehalt als Unterlage zur Abschätzung des Gesamtbildes bedienen. Die Resultate aus den Landkreisen fehlen bisher noch ganz und auch die Zahlungen in Leipzig, Chemnitz und Dresden sind zur Stunde noch nicht vollständig abgeschlossen. Bis jetzt zeigt sich insgesamt eine kleine Verschiebung nach der bürgerlichen Seite. In Zwickau, Plauen, Jittau und Bautzen sind die Sozialisten einschließlich der Kommunisten in der Minderheit geblieben, in Leipzig sind sie nach dem bisherigen Teilergebnis in der Mehrheit. In Dresden haben ihre Stimmen zugenommen. Das Verhältnis zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten scheint sich nicht wesentlich verändert zu haben; eher dürften die Kommunisten verloren haben. Innerhalb der bürgerlichen Parteien ist eine kräftige Zunahme der demokratischen Stimmen in Zwickau, Bautzen und Plauen bemerkenswert. Die alte demokratische Hochburg Sachsendorf, Jittau, hat ihren Besitzstand behauptet. Hier und in Zwickau haben die Demokraten von allen bürgerlichen Parteien die meisten Stimmen auf ihre Liste vereinigt. In Leipzig hingegen sind sie zu Gunsten der Deutschen Volkspartei erheblich zurückgegangen. Ähnlich scheinen die Dinge in Chemnitz zu liegen, wo sich ein starker Ausschlag nach dem kommunistischen und deutschnationalen Extrem bemerkbar macht. Wahrscheinlich werden auch im neuen Landtag wiederum die Kommunisten das Jünglein an der Waage bilden. Soweit sich die Wahlergebnisse überblicken lassen, wird die Sozialdemokratie ein Viertel Stimmen mehr als die bürgerlichen Parteien aufgebracht haben.

### Eingetragene Resultate.

In Dresden sahen 166 765 Sozialisten einschließlich Kommunisten 164 340 Bürgerliche gegenüber. Deutschnationalen 54 780, Demokraten 28 440, Deutsche Volkspartei 65 850, Sozialdemokraten 140 220, Kommunisten 19 050, Zentrum 4 393, Deutsch-Soziale 5 081 und Wirtschaftspartei 185. — Das Ergebnis von Zwickau-Stadt ist: Sozialdemokraten 15 846, Demokraten 7 409 (bei den vorigen Wahlen 5 844), Deutsche Volkspartei 6 443, Deutschnationalen 5 466 Kom-

munisten 3 436, Zentrum 437, Deutsch-Soziale 29. — Plauen: Sozialdemokraten 17 752, Demokraten 5 036, Deutsche Volkspartei 10 675, Deutschnationalen 14 623, Kommunisten 6 192, Zentrum 414, Deutsch-Soziale 301. — Jittau: Sozialdemokraten 6 211, Demokraten 4 429, Deutsche Volkspartei 3 523, Deutschnationalen 2 083, Kommunisten 587, Zentrum 462, Deutsch-Soziale 66, Wirtschaftspartei 140. — Bautzen: Sozialdemokraten 6 073, Demokraten 3 030, Deutsche Volkspartei 4 779, Deutschnationalen 2 571, Kommunisten 502, Zentrum 996, Deutsch-Soziale 82, Wirtschaftspartei 18. — In 291 Wahlbezirken in Leipzig-Stadt liegen bisher 237 Resultate vor. Deutschnationalen 43 972, Deutsche Volkspartei 84 951, Zentrum 2 473, Demokraten 24 344, Vereinigte Sozialdemokr. 109 715, Kommunisten 34 335.

Bei den Landtagswahlen vom 14. November 1920 wurden bei einer Wahlbeteiligung von 70,12 Prozent 2 072 339 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die Reichsvereinsparteien 587 526, die Unabhängigen 286 984, die Kommunisten 117 359, die Zentrumspartei 60 111, die Deutschnationalen Volkspartei 434 293, die Deutsche Volkspartei 385 810, die Demokratische Partei 159 801, das Zentrum 22 731 und die Wirtschaftspartei 17 724 Stimmen. Die Mandate verteilen sich folgendermaßen: 27 Reichsvereinsparteien, 13 Unabhängige, 9 Kommunisten, 20 Deutschnationalen, 18 Volksparteiler, 8 Demokraten, 1 Zentrumsabgeordneter.

## Die hannoversche Frage.

Während das Organ der Deutsch-Hannoverschen Partei (Welfen), die „Hannoversche Landeszeitung“, bis jetzt die Abstimmung über die hannoversche Frage immer als nahe bevorstehend bezeichnet hat, teilte in einer öffentlichen Versammlung in Bismarck der deutsch-hannoversche Vorkorrespondent, daß seine Partei den Gedanken einer Abstimmung über ein neues Hannover bis zu einem Zeitpunkt zurückgestellt habe, an dem die deutschen Interessen es erlaute, eine solche Abstimmung vorzunehmen. Oberpräsident Roste bekannte sich in einer anderen Versammlung als schärfster Gegner eines selbständigen Hannover und erklärte den Kampf der Deutsch-Hannoveraner für aussichtslos.

## Ministerpräsident v. Knilling.

Die Koalitionsparteien — die Deutschnationalen Mittelpartei und der Bayerische Bauernbund — haben sich in ihrer Samstagsstimmung dem Vorschlag der Volkspartei, den Landtagsabgeordneten und früheren Kultusminister Dr. v. Knilling zum Ministerpräsidenten zu wählen, angeschlossen. So ist dessen Wahl durch den Landtag gesichert. Am Dienstag halten die drei Koalitionsparteien noch einmal Fraktionsversammlungen ab.

Die deutschnationalen „München-Mugsburger Abendzeitung“ bemerkt zu der Berufung v. Knillings: „Im Anfang seiner parlamentarischen Tätigkeit schien Herr von Knilling dem linken Flügel seiner Partei zugeneigt, doch hat seine politische Haltung, besonders in der jüngsten Vergangenheit, keine Beweise für diese Annahme erbracht.“ In der rechtsradikalen „München-Zeitung“ wird die Kandidatur Knillings sehr kühl aufgenommen.

## Das Urteil im Prozeß Hermes.

In dem Prozeß gegen die „Freiheit“ wurde der Angeklagte Genzel zu 10 000 M. Geldstrafe und zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt. Minister Dr. Hermes wurde die Publikationsbewilligung im „Vorwärts“, in der „Germania“ und in der „Nein-Volkzeitung“ auf Kosten des Angeklagten zugesprochen. Die in Betracht kommenden Blätter der „Freiheit“ werden eingezogen und unbrauchbar gemacht.

## Schwere Plünderungen in Forst.

In Forst (Sachsen) kam es zu schweren Plünderungen in der dortigen Textilindustrie. Eine große Menschenmenge verammelte sich dort vor dem Rathaus, um zu erfahren, welchen Ausgang die schwebenden Lohnverhandlungen nehmen würden. Ein Versuch, in das Rathaus einzudringen, wurde abgewiesen, und nun zog die Menge durch die Straßen und zwang die Lebensmittelgeschäfte, ihre Waren zu niedrigen Preisen abzugeben. Mehrere Kaufhäuser und ein Schuhgeschäft wurden geplündert und die Scheiben zertrümmert. Auch die Tuchlager zweier Fabriken wurden ausgeraubt.

Gewerkschaftsführer und besonnene Arbeiter versuchten die Menge zu beruhigen, was ihnen auch nach längerer Zeit gelang. Von Cottbus aus wurde eine größere Abteilung Schutzpolizei herbeigeholt, die weitere Ausschreitungen verhinderte. Bisher sind etwa 30 der Plünderer verhaftet worden. Es handelt sich meist um auswärtige Arbeiter, die in Baracken untergebracht sind. Auch viele Jugendliche, sogar Kinder, hatten sich an den Ausschreitungen beteiligt.

## Zum Lohnkampf im Buchdruckgewerbe.

Der Schiedspruch, nach welchem die Löhne vom 5. bis 18. November um 55 Prozent und vom 19. November bis 1. Dezember um 70 Prozent gegenüber den Oktoberlöhnen erhöht werden sollten (im Spitzenlohn eine Erhöhung um 3370,50 M.), wurde von den Arbeitgebervertretern abgelehnt. Anlaß dazu gab die gegenwärtig katastrophale wirtschaftliche Lage des deutschen Buchdruck- und Zeitungsgewerbes.

## Polens Vormachtstellung im Danziger Hafen.

Der Hafenausschuß für das Gebiet der Freien Stadt Danzig, dem bekanntlich die Verwaltung und Aufbahrmachung des Danziger Hafens übertragen wurde, hat im Januar d. J. entschieden, daß bei Verpachtung von Gebäuden und Speichern die Vorzugsrechte gehören, polnischen Gesellschaften kein Vorzugsrecht bewilligt werden soll. Gegen diese Entscheidung erhob die polnische Regierung Einspruch beim Völkerbundsoberkommissar mit der Begründung, die Gesamtheit der Gebäude und Gebäude, die dem Hafenausschuß zur Verfügung stehen, sei in erster Linie für den polnischen Ein- und Ausfuhrverkehr erforderlich, und deshalb müsse diesem ein Vorzugsrecht beim Erwerb von Gebäuden eingeräumt werden. Dem gegenüber stellte die Danziger Regierung sich auf den Standpunkt, daß das Eigentum des Hafenausschusses in unparteiischer Weise verteilt werden müsse, und wies besonders darauf hin, daß bereits beträchtlicher Grundbesitz an polnische Firmen im Hafengebiet veräußert wurde, von dem gar kein Gebrauch gemacht wurde. Neun Fälle dieser Art, wo eine vollkommene Veräußerung nutzbarer Gebiete eingetreten ist, wurden angeführt. Von polnischer Seite wurde Gebiet im Danziger Hafen erworben, dieses aber vollkommen unbebaut gelassen. Trotz dieser Tatsache hat der Völkerbundsoberkommissar unter dem 27. Oktober eine Entscheidung gefällt, die im allgemeinen den polnischen Standpunkt unterstützt. Es heißt darin, daß der Hafenausschuß bei der Ver-

pachtung seines Eigentums folgende Grundzüge anzuwenden soll: 1. Daß nicht nur die Förderung, sondern die Heranziehung polnischer Ein- und Ausfuhrwaren notwendig sei. 2. Daß polnische Ein- und Ausfuhrwaren mehr Förderung benötigen, als Danziger Ein- und Ausfuhrwaren, 3. Daß der Hafenausschuß einen genügenden Teil seines Eigentums unter eigener Verwaltung behalten soll, 4. Daß, in dem Falle, wo sich ein Kaufmann oder eine Firma von anerkannt polnischer Staatsangehörigkeit mit einem Kaufmann oder einer Firma von anerkannt Danziger Staatsangehörigkeit im Wettbewerb um die Pachtung von Eigentum des Hafenausschusses bewirbt und beide gleich erwünscht als Pächter sind, dem Bewerber polnischer Staatsangehörigkeit der Vorzug gegeben werden soll.“ — Da diese Entscheidung den Interessen der Freien Stadt Danzig nicht entspricht, wird der Senat beim Völkerbund dagegen Einspruch erheben.

## Das Faschistenregime.

Der Ministerpräsident Mussolini erklärte einer Abordnung der Pressefreizügung, er genehmige die Pressefreiheit nicht zu beschränken, aber jedes Pressevergehen auf Grund des Gesetzes gerichtlich zu verfolgen.

Am Jahresstag der Schlacht von Vittorio Veneto richtete die Regierung einen Aufruf an das Volk, der die Notwendigkeit betont, sich den harten Erfordernissen der Zeit anzupassen. Die Regierung genehmigt zu regieren und werde regieren. Alle ihre Kräfte werden dazu bestimmt sein, den Frieden im Innern zu sichern und das Ansehen der Nation im Ausland zu erhöhen. Durch Arbeit, Disziplin und Zusammenhalten werde Italien die Krise allmählich überwinden und einer Epoche der Wohlfahrt und Größe entgegengehen.

Mussolini empfing den italienischen Delegierten bei der Reparationskommission, Salvaio Agagi, mit dem er die gegenwärtig in Berlin zur Erörterung stehenden Probleme prüfte. Agagi bezog sich auf den Aufruf, um sich wieder nach Berlin zu begeben.

Mussolini hat an sämtliche Vertreter Italiens ein Rundschreiben geschickt, in dem er an die Vorkriegszeit erinnert, daß von den Vertretern Italiens im Ausland keinerlei Interviews oder öffentliche Erklärungen ohne ausdrückliche Genehmigung der italienischen Regierung abgegeben werden dürften.

## Gegen Mussolinis Diktatur.

Ein Anzeichen für das Erwachen des Widerstandes gegen die Faschisten-Regierung ist ein Aufruf, den die Zeitung der republikanischen Partei erläßt, in dem es u. a. heißt: „Italien hat keine Regierung, es hat eine Diktatur der herrschenden Klassen, die das Volk zurückdrängen und an seinem Aufstieg verhindern wollen. Italien hat keinen politischen Willen und keine neue Verwaltungsorganisation, die den Bedürfnissen des ganzen Volkes zu entsprechen vermöchte.“

## Die Konferenz von Lausanne.

Man rechnet mit der Wahrscheinlichkeit, daß die englische Regierung eine Hinausschiebung der Konferenz von Lausanne beantragen wird, was den dem Quai d'Orsay nahestehenden Blättern Anlaß gibt, aufs neue einer Vorkonferenz zwischen der Türkei einerseits und den drei alliierten Hauptmächten andererseits zum Zwecke des Abschlusses eines Präliminarfriedens das Wort zu reden. Auf der anderen Seite äußert sich nicht unbeträchtlicher Teil der Pariser Presse anwachsendes Mißvergnügen über die vorbehaltlose Zustimmung der französischen Regierung zu allen Winkeln der Regierung von Angora. Das von Sowjetrußland in London gestellte Verlangen, nicht nur zu den Verhandlungen über die Regelung der Weizenfragen, sondern auch zu den Friedensverhandlungen zugelassen zu werden, wird hier sehr entschieden bekämpft.

Wie die Moskauer „Pravda“ aus Angora erfahren haben will, sei der Rücktritt des Außenministers Jusuff Kemal durch die Erfolglosigkeit seiner Bemühungen hervorgerufen worden, die vollberechtigte Zulassung Sowjetrußlands zur bevorstehenden Orientkonferenz durchzusetzen.

Die Moskauer „Iswestija“ erklärt, falls es nicht zu einer Teilnahme Rußlands an der Konferenz von Lausanne kommen sollte, würde Rußland nicht nur sich völlige Handelsfreiheit vorbehalten, sondern auch der Türkei die Abschließung einer Militärkonvention vorschlagen, die den gewalttätigen Plänen der Entente im Orient ein Ende bereiten würde.

Gabas berichtet aus Angora, Gaffan Bey, der ehemalige Finanzminister, sei zum Finanzbeirat der Konferenz von Lausanne ernannt worden.

## Angora und Konstantinopel.

Die „Morning Post“ und „Daily Mail“ melden aus Konstantinopel, daß die Nationalversammlung von Angora beschlossen hat, den Sultan und die Regierung von Konstantinopel wegen Hoheitsverstoßes unter Anklage zu stellen.

Nach einer Havas-Meldung aus Konstantinopel ist das Parlament in der gebräuchlichen Weise begangen worden. Der Sultan hat sich nach der Hilid-Moschee begeben und dort nach alter Sitte die Glückwünsche der Minister, Staatsmündenträger und religiösen Persönlichkeiten entgegengenommen. Am 4 Uhr nachmittags sind der Außen-, der Innen- und der Marineminister sowie der Scheich-ul-Islam zum Palast zurückgekehrt. Sie haben unter dem Vorsitz des Sultans eine Sitzung abgehalten, von der die Anhänger Angoras unter den Ministern ausgeschlossen waren. Diese haben erklärt, wenn sie heute nicht von den Verhandlungen im Palaste in Kenntnis gesetzt würden, würden sie zurücktreten und den anderen Ministern die Verantwortung für die etwaigen Folgen überlassen.

Nach einer Havas-Meldung aus London veröffentlichten die Blätter ein Telegramm aus Konstantinopel, wonach dort das Gerücht von einer bevorstehenden Abfertigung der englischen Truppen umläuft.

## Kurze polit. Nachrichten.

\* Zur Hochzeit des Kaisers. In einem geschlossenen Auto dessen Fenster verhängt waren, verließ das Paar nach der Ziviltrauung den Anbau des Schlosses und fuhr durch die Hauptallee des Parks nach Haus Doorn. Unter den Hochzeitsgästen befanden sich u. a. Prinz Heinrich, die Prinzessin von Hessen, die Prinzessin von Schaumburg-Lippe, die beiden Schwägerinnen des Kaisers, der Kronprinz, Prinz Eitel Friedrich, die Schwägerin der Braut, Fürstin Stolberg-Rosau mit ihrem Gatten Fürst